

Gesunde Versorgung für Nordrhein-Westfalen - Konvergenz jetzt!

Für die ambulante ärztliche und psychotherapeutische Versorgung steht in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen deutlich weniger Geld je Versichertem zur Verfügung als in den anderen Ländern.

Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Die Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen sind nicht weniger auf eine verlässliche Versorgung angewiesen als die Menschen in Bayern oder Berlin.

Eine angemessene und im Bundesvergleich faire Vergütung für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte entscheidet über die künftige Qualität und die flächendeckende Erreichbarkeit der ambulanten Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Wir fürchten,

mit der Perspektive einer unterdurchschnittlichen Vergütung wird es uns kaum gelingen, junge Haus- und Fachärzte sowie Psychotherapeuten für eine Niederlassung in unserem Bundesland zu gewinnen. Wir werden von einer gesunden Zukunft abgekoppelt - unsere Versorgung wird zweitklassig.

Deshalb fordern wir,

die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, eine Angleichung der ärztlichen Vergütung je Versichertem herbeizuführen. Die Behandlung eines Patienten in Essen muss genauso finanziert werden, wie die eines Kranken in Hamburg oder München.

Helfen Sie uns,

die ambulante medizinische Versorgung in unseren Regionen und Kommunen zwischen Rhein, Ruhr und Lippe auch in Zukunft zu sichern.

Dr. med. Wolfgang-Axel Dryden
Kassenärztliche Vereinigung
Westfalen-Lippe

Dr. med. Peter Potthoff
Kassenärztliche Vereinigung
Nordrhein

Dr. med. Heinrich Miks
Landesverband Praxisnetze
Nordrhein-Westfalen



Hinweis:

Bitte weitere Details, Statements etc. , u. a . v. Frau **Ministerin B. Steffens** unter www.konvergenz-jetzt.de

Aufruf !!

Unterstützen Sie durch die Mitzeichnung die Öffentliche Petition rasch unter

1. www.bundestag.de anklicken
2. registrieren
3. Petition Nr. 19688, mitzeichnen



Gesunde Versorgung für Nordrhein-Westfalen **KONVERGENZ JETZT!**

Statement Barbara Steffens (Bündnis 90/Die Grünen),

**Ministerin für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Die im Bundesvergleich ungerechte Honorierung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in Nordrhein-Westfalen erfordert dringend eine Konvergenzlösung. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass Patientinnen und Patienten in unserem Bundesland denselben Versicherungsbeitrag an ihre Krankenkasse zahlen — wie beispielsweise Bürgerinnen und Bürger in Bayern —, aber für ihre ambulante Behandlung weniger Geld bereitgestellt wird als anderswo.

Die Schieflage, dass unsere Ärztinnen und Ärzte in Nordrhein-Westfalen für die Behandlung ihrer Patientinnen und Patienten weniger Geld bekommen, ist nicht länger akzeptabel.

Ebenso ist der daraus resultierende Standortnachteil, vor allem aus Sicht des Gesundheitsministeriums, nicht länger hinnehmbar. Der auch dadurch drohende Ärztemangel und die Tatsache, dass wir jetzt schon in einigen Regionen erhebliche Probleme haben, Nachfolgerinnen und Nachfolger für Arztpraxen zu bekommen, könnten schon bald drastische Einschnitte in die Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger hinterlassen — vor allem wenn wir diesen Standortnachteil nicht schleunigst beheben können. Eine im Vergleich zu anderen Bundesländern gerechte Honorierung wird vielen Ärztinnen und Ärzten die Entscheidung, sich in Nordrhein-Westfalen niederzulassen, leichter machen, weil sie dann wissen: Sie werden hier nicht unter Durchschnitt bezahlt.

Die Frage der Vergütung wird also auch über die künftige Qualität und die flächendeckende ambulante Versorgung mitentscheiden.

Das Argument, dass unsere Ärztinnen und Ärzte dennoch gut verdienen, ist nur deshalb richtig, weil wir in Nordrhein-Westfalen — und hier besonders in Westfalen-Lippe — eine geringere Ärztedichte haben. Dabei würde niemand auf die Idee kommen, von einer Bäckerei oder einem Friseurgeschäft zu verlangen, die Preise zu senken, nur weil diese eine große Kundschaft haben. Von unseren Ärztinnen und Ärzten wird aber genau das verlangt. Sie müssen mehr Patientinnen und Patienten behandeln, um auf den gleichen Verdienst zu kommen. Dies geht letztlich zu Lasten der Behandlung.

Das wollen wir nicht länger akzeptieren und fordern deshalb eine schnelle Lösung.

